



bresche info-bulletin

BIB Nr.12
24.9.1979

A N P A S S U N G O D E R W I D E R S T A N D ?

Längst haben sich die politischen Vertreter des Kapitals auf den Wahlkampf eingeschossen. Im Visier stehen die fortschrittlichen Forderungen der Lohnabhängigen, Frauen und Umweltschützer. "Weniger Staat" sagt der Freisinn. Und meint damit weniger Sozialausgaben, mehr Unternehmerfreiheit und mehr Repression. "Mehr menschliche Werte" fordert die CVP. Für sie ist es allerdings höchste Zeit: von Betrug bis Titelfälschung reichen die Untaten von CVP-Vertretern, die in den letzten Jahren ans Tageslicht kamen.

Die Sprüche sind verschieden, die Politik der Bürgerlichen im Grunde gleich. Sie wollten die Mehrwertsteuer und lehnten die Reichumssteuer ab. Sie wollten die SIPO und erhöhten das Militärbudget auf 3,3 Milliarden Franken für 1979. Sie bekämpfen die Mutterschaftsversicherungs-Initiative und lehnen eine echte Gleichstellung der Frau in allen Lebensbereichen ab. Und so weiter.

Anpassung oder Widerstand? Das ist die Schicksalsfrage für die Linksparteien. Soll man mit diesen bürgerlichen Kräften zusammenarbeiten? Die grösste Linkspartei hat sich entschieden. Man will im

Abonniert...

bresche

Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Frauenlöhne, Mutterschaftsversicherung und Abtreibung, Umweltzerstörung und AKW-Bewegung. Internationale Solidarität. Die nationale BRESCHÉ informiert, kommentiert und mobilisiert. Vierzehntäglich aus sozialistischer Sicht. Für 30 Fr. jährlich bei Postfach 299, 8031 Zürich. Abonniert sie, jetzt!

BIB. Nr. 11
S. 1. 1972

INHALT

Die Spaltung des Proletariats in die proletarischen Klassen des Kapitalismus und die
Kämpfe des Proletariats um die Fortschrittlichkeit der
Kämpfe des Proletariats um die Fortschrittlichkeit der

Inhalt

Seite 1	Anpassung oder Widerstand?
4	Den Kapitalismus verwalten oder den Sozialismus erkämpfen?
5	Entstehung der Zuger Neuen Linken (Serie)
8	Zu unseren Kritiken an der SP
8	Die SP vor den Wahlen
10	Die bürgerlichen Parteien
12	Blitzlichter

Bundesrat bleiben, stimmt ja zum Militärbudget inklusive Waffenplatz Rothenthurm. Und der Zuger Nationalratskandidat Th. F. erklärt die CVP zu seiner liebsten Bündnispartnerin.

Anpassung oder Widerstand? Die RML wird eine Kampagne des Widerstands gegen die bürgerlichen Angriffe führen, aus dem heraus sich Alternativen entwickeln können. Eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung ist nötig, die sich wirksam gegen Lohndruck und Arbeitsplatzabbau wenden kann, von dem Frauen und Immigranten in den letzten Jahren schwer betroffen wurden. Wir setzen uns für die 40-Stunden-Woche ein. Wir schlagen die einheitliche Lancierung einer Initiative für öffentliche Lehrwerkstätten vor, um die Berufsbildungsmöglichkeiten besonders für weibliche, ausländische und sonst benachteiligte Jugendliche zu verbessern.

Wenn es um die Stellung der Frau geht: Anpassung oder Widerstand? Die Anpassung an die CVP hat Thomas Fraefel ins Lager jener geführt, welche das Recht auf Abtreibung bekämpfen. Unser Kandidat setzt sich als einziger für dieses elementare Frauenrecht und zugleich auch für eine genügende Mutterschaftsversicherung ein. Als weitere wichtige Frauenprobleme sehen wir die Berufsbildung und Arbeitsplätze an.

Die bürgerlichen Parteien führen eine repressive Politik gegen aktive Linke. Darum muss die CESIPO bachab geschickt werden. Die Unternehmer arbeiten mit politischen Entlassungen, wie FdP-Brunner gegen unseren Kandidaten vor vier Jahren, Bruno Bollinger, gezeigt hat. Wir fordern Brunos Wiederaufnahme in die L&G! Unser Widerstand gilt den Berufsverboten, die auch an Zuger Schulen praktiziert werden.

Als einzige Partei werden wir den Wahlkampf dazu benützen, den Widerstand gegen Atomkraftwerke zu verstärken und propagieren. Der Unfall von Harrisburg hat erneut gezeigt: Die Atomtechnologie stellt im heutigen Entwicklungsstadium eine heimtückische Gefahr für die

Menschheit dar. Die künstlich erzeugte Erdölverknappung der letzten Monate hat das Zusammenspiel zwischen Atom- und Erdöllobby (mit Stucky) gezeigt. Die Profite der Erdöltrusts stiegen enorm - die Atomlobby schlägt frech den Bau von mehreren zusätzlichen AKWs vor und argumentiert mit dem Erdölsparen.

Gerade dieses Beispiel zeigt die Notwendigkeit, Schlüsselsektoren wie Energie oder Banken zu verstaatlichen und unter die Kontrolle der Arbeiterorganisationen zu stellen. Der profitorientierte Kapitalismus zeigt sich in der Schweiz und anderswo unfähig, die Gesellschaft zum Wohle der Menschen zu entwickeln. Darum gilt unsere internationale Solidarität jenen Frauen und Männern in Nicaragua, die unter schwierigen Bedingungen eine neue Gesellschaft aufzubauen versuchen. Unsere Solidarität gilt aber auch den Opfern der Bürokratie in der CSSR, den Angeklagten der Charta 77.

Anpassung oder Widerstand? Die Frage wird sich in ein paar Wochen auch für jeden Linken stellen, der die Wahllisten in den Händen hält. Die Wahl ist in den Kandidaten verkörpert. Auf der einen Seite der lang gediente Staatsdiener, der langsam aber sicher Karriere machte und für seine "linke" Einstellung keine Opfer auf sich nehmen musste, der mit seinen bürgerlichen Kollegen besser auskommt als mit manchen Parteigenossen. Auf der andern Seite der junge Genosse, der sich für die Dritte Welt oder die demokratischen Rechte in der Armee engagiert hat, der Politik nicht um der Karriere willen macht, sondern für seine sozialistische Einstellung gar ein Berufsverbot riskiert.

Wir wissen es gut: es ist gerade in Zug nicht einfach, gegen den Strom zu schwimmen. Auch innerhalb der Linken sind Druck und Versuchung zur Anpassung ans Bürgertum gross. Anpassung ist kurzfristig einfacher, verhindert aber längerfristig eine grundlegende Veränderung. Wer sich ins politische Karussell bequem hineinsetzt, darf

sich nicht wundern, wenn es sich nach Jahren noch im gleichen Kreise dreht. Auch in schwierigen Zeiten ist es nötig, an einer Alternative zu arbeiten. Wer überzeugt ist,

dass sich in unserem Sinne etwas ändern soll, der muss die RML gerade in diesen Wahlen und darüber hinaus unterstützen.

U.M.

* * * * *

Den KAPITALISMUS verwalten oder
den SOZIALISMUS erkämpfen?

Auch diese Jahr ist die PML die einzige Partei, die eine antikapitalistische, sozialistische Kampagne um die Wahlen führen wird. Den drei andern Linksparteien geht es nicht darum, den Kapitalismus, die Marktwirtschaft, die bürgerliche Klassengesellschaft zu bekämpfen, sondern diese "besser" oder "sozialer" zu verwalten. Warum wir den Kapitalismus ablehnen und den Sozialismus mit jeder konkreten Problematik, Forderung und Bewegung zu verbinden suchen, erklärt der folgende Beitrag.

Unterentwicklung, Hunger und Elend als Dauererscheinung in der Dritten Welt gibt es erst seit deren Einbezug in die kapitalistische Weltwirtschaft. Die Inder, die mexikanischen Indios oder die peruanischen Bauern - drei typische Opfer der Unterernährung heute - lebten vor 500 Jahren im Ueberfluss. Die westliche Industrialisierung wäre unvorstellbar gewesen ohne die riesigen Kapitalien aus den Kolonien. Der Reichtum der heutigen Schweiz wäre unmöglich ohne die Superprofite der Nestlé, BBC, Sulzer, der drei Grossbanken, über die 80 % des südafrikanischen Apartheidgoldes fliesst. Die Schweiz ist pro Kopf der Bevölkerung das ausbeuterischste Land der Welt. Gerade darum haben wir in der Höhle des Löwen kämpfenden Sozialisten eine besondere Aufgabe, mit den von "unseren" Unternehmern ausgebeuteten Ländern solidarisch zu sein - auch wenn das Stimmen kostet.

Der Schweizer Kapitalismus beteiligt sich über seine Firmen

nicht bloss an der Ausbeutung, sondern über seinen Staat zugleich an der Aufrechterhaltung des Status Quo der Dritten Welt. So besteht "unser" Vertreter im Weltwährungsfonds am härtesten auf der peruanischen Schuldenabzahlung, was die arme Andenrepublik auszubluten droht. So hat die Schweiz besonders gute Beziehungen mit jenen Regierungen, unter denen Ungerechtigkeit und Unfreiheit am schlimmsten sind, weil man hier am leichtesten Profite erzielen kann.

Tragisch ist, dass der offizielle Vertreter des CH-Imperialismus, Aussenminister Pierre Aubert, ausgerechnet einer Partei angehört, die sich zumindest in Worten auf Sozialismus und Demokratie beruft.

Vergleicht man Kuba mit Lateinamerika, China mit Indien so wird offensichtlich, dass nur der Sozialismus die Probleme der Dritten Welt lösen kann. Andererseits wird nur eine sozialistische Schweiz mit diesen Ländern partnerschaftlich und solidarisch verkehren können.

Die freie Marktwirtschaft mit ihrem planlos-kurzfristigen Profitstreben droht die Welt in wenigen Jahrzehnten in einen ausweglosen Energienotstand zu manövrieren und die Umwelt auf katastrophale Art zu zerstören. Mit dem atomaren Wahnsinn versucht das gleiche System, das zwei Weltkriege provozierte und den Faschismus hervorbrachte, sich erneut auf Kosten unserer Gesundheit und Sicherheit

über Wasser zu halten. Nur eine sozialistische Gemeinwirtschaft, die über einen demokratisch beschlossenen Plan und nicht über blinde Marktgesetze funktioniert, vermag diesen Holocaust zu verhindern. In der Schweiz ist es mit Willi Ritschard ausgerechnet ein SP-Bundesrat, der uns den atomaren Wahnsinn aufschwätzen und aufzwingen will.

Während in der Dritten Welt täglich Tausende von Menschen verhungern und es an Produktionsmitteln fehlt, sind im Industrialisierten Westen wegen einer Ueberproduktionskrise Millionen arbeitslos. In der Schweiz wurden in den letzten Jahren 300'000 Arbeitsplätze zerstört und 200'000 Ausländer nach Hause geschickt. Entfremdung, psychische Probleme und Stress gehören zu den täglichen Problemen der Lohnabhängigen.

Was der europäischen (auch schweizerischen) Arbeiterschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bevorsteht sind noch mehr Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, erhöhte Arbeitshetze und damit verbunden weniger Demokratie und mehr Repres-

sion. Auch sozialdemokratische und eurokommunistische Verwalter werden dies nicht verhindern können. Die kapitalistische Profitlogik ist unerbittlich.

Aus all den genannten Gründen haben wir kein Bisschen Vertrauen in dieses System, seinen Staat und seine Parteien. Die einzige Chance, den kapitalistischen Teufelskreis zu durchbrechen und das Ueberleben der Menschheit zu gewährleisten ist der Sozialismus. Zu ihm gelangt man aber nicht, indem man den Kapitalismus verwaltet, sondern indem man ihn bekämpft. Deine Stimme für die sozialistische Kandidatur der RML (die einzige, die diesen Namen verdient) ist ein wertvoller Beitrag auf diesem langen, beschwerlichen Marsch.

Josef Lang

Geschichte:

DIE ENTSTEHUNG DER ZUGER "NEUEN LINKEN" (Fortsetzung)

Im Juni 1974 kam es an der kaufmännischen Berufsschule zu einer kleinen Bewegung. Seit einiger Zeit forderten die KV-Lehrer eine Gleichstellung mit ihren Kollegen von der Kantonsschule und eine Reduktion der wöchentlichen Pflichtstunden. Sie drohten sogar mit einem Warnstreik. Dazu kam es allerdings nicht, doch wurden zwei wegen der Drohung entlassen. Darauf stiegen die Schüler auf die Barikaden. Sie sammelten Unterschriften für eine Protestresolution und führten eine Demonstration durch. Sie forderten die Rücknahme der Entlassungen. Einige der an der Bewegung beteiligten KV-Lehrlinge machten

später beim Maulwurf mit.

Im Vorfeld der Abstimmung über die 3. Ueberfremdungsinitiative führte die RML eine breite Kampagne durch.

Im Oktober und November 1974 fanden auch die kommunalen und kantonalen Wahlen statt. Die RML kandidierte nicht "weil wir unsere organisatorischen Kräfte noch für zu gering halten für eine revolutionäre Kampfkandidatur". Die RML rief auf, SP-Kandidaten zu wählen, welche sich hinter fortschrittliche Forderungen wie die 40-Stunden-Woche stellten.

Das Jahr 1975

Am 23. Januar erschien die erste "Bresche im Betrieb - Zuger Metallindustrie Extrablatt". Im März sammelte die RML rund 500 Unterschriften für das Referendum gegen die Kürzung der Bundesbeiträge bei der AHV. Obschon das Referendum zustande kam, gab es keine Abstimmung, weil der Bundesrat im letzten Moment den Beschluss ändern liess: statt 540 Millionen wurde die gleiche Summe in Prozenten gekürzt.

Am 1. Mai wurde erneut der inzwischen traditionell gewordene Umzug organisiert. Vom Bahnhof marschierten etwa 100 Leute zum Landsgemeindeplatz, wo die Kundgebung des Gewerkschaftskartells stattfand - erstmals wieder unter freiem Himmel. Nach dieser Kundgebung führte das "Einheitskomitee für einen kämpferischen 1. Mai" eine eigene Kundgebung durch. "Hier berichtete ein Arbeiter aus dem französischen Tochterunternehmen der L&G über den dortigen Arbeitskampf. Er rief die Zuger zur Solidarität auf, weil bei einem international tätigen Unternehmen nur die Solidarität der in allen Ländern Beschäftigten etwas nütze." (Zuger Tagblatt 2. Mai 1975).

Am 18. Juni 1975 wurde vom Divisionsgericht 3 Jo Lang zu vier Monaten Gefängnis bedingt verurteilt. Er war angeklagt worden wegen Aufforderung zur Verletzung von Dienstvorschriften: Er hatte während der RS in einem Artikel der Soldatenzeitschrift "Links, zwei, drei" die demokratischen Rechte für Soldaten gefordert.

"Marxisten nach Bern?" titelte die LNN den Bericht über die Bekanntgabe der RML-Kampfkandidatur für die Nationalratswahlen. Die SP beschloss darauf hin, sich auch an den Wahlen zu beteiligen, unter anderem weil "bekanntlich die RML mit einem eigenen Kandidaten aufzurücken will, was für die SP wohl eine Herausforderung bedeutet." (ZN 25. August 1975). Sie schickte Thomas Fraefel ins Rennen. Die RML

stellte B. Bollinger auf. Für die zwei Nationalratssitze bewarben sich noch die beiden amtierenden Nationalräte A. Hürlimann (CVP) und A.C. Brunner (F&P).

Ende September wurden in Spanien fünf Antifaschisten hingerichtet. Auf der ganzen Welt kam es zu Protestkundgebungen. So auch in Zug. Dem Tagblatt (29.9.1975) entnehmen wir: "Aus Protest gegen die in Spanien vollstreckten Todesurteile durch das Franco-Regime besetzten am Samstag von 14 bis 16 Uhr sieben Jugendliche, darunter auch RML-Nationalratskandidat Bruno Bollinger, den Zuger Zyturm - das Wahrzeichen der KolinStadt. Der Schlüssel zum Turm war den als Mal- und Fotointeressenten getarnten Demonstranten von einem Angehörigen der Stadtpolizei übergeben worden. Mittels Megaphon, Transparenten ("Nein zu den Todesurteilen") und zirka 2500 verteilten Flugblätter wurde friedlich zu einer breiten Solidaritätsbewegung gegen die spanische Regierung aufgerufen."

In der Wahlkampagne kam es zu einer Polarisierung zwischen Brunner und Fraefel. Die RML-Kandidatur, die dem Unternehmer der L&G einen Arbeiter entgegenstellte, verschärfte die Polarisierung. Das Rennen machte schlussendlich der SP-Kandidat. Der Unternehmer Brunner blieb auf der Strecke. Die RML erzielte 864 Stimmen (1,8%), was das prozentual höchste Resultat war, das die RML national erreichte. In einer Pressemitteilung stellte die RML fest (ZT 27. Oktober 1975): "Wir sind überrascht, dass wir so viele Stimmen gemacht haben. Das Resultat - fast zwei Prozent - liegt über unseren Erwartungen. Vor allem wenn man bedenkt, dass die Ausländer und Jugendlichen, wo wir die grösste Basis haben, nicht wählen durften und viele, die der RML näher stehen als der SP, für Fraefel gestimmt haben, um Brunner von seinem Sessel zu schubsen. Unser hohes Resultat beweist die Bereit-

schaft vieler Arbeiter, heute mit dem Arbeitsfrieden zu brechen und selber aktiv zu werden."

Das Jahr 1976

Anfangs Jahr führte die SP eine fünfteilige Veranstaltungsreihe über die Krise durch: Wirtschaftliche Situation, Arbeitslosigkeit, Fremdarbeiter, was soll der Kanton tun, wie können sich die Arbeitnehmer selber wehren - dies waren die Themen. An der letzten Veranstaltung verabschiedeten die Anwesenden auf Vorschlag der RML eine Solidaritätsbotschaft an die Adresse der streikenden Arbeiter der Matisa-Werke in Crissier und Renens VD.

In dieser Zeit erschien das Buch "Krise, im Kanton Zug nichts neues". Das Buch wurde von der Arbeitsgruppe Geschichte Zug herausgegeben und beschrieb die Krise der dreissiger Jahre im Kanton Zug. Es ist die bisher einzige derartige Untersuchung.

Im Januar 1976 bildete sich ein Arbeitslosenkomitee. Im März lancierte eine Gruppe Lehrlinge eine Petition mit der Forderung "Arbeit nach der Lehre". Der Maulwurf war aktiv dabei. In wenigen Monaten wurden fast 1000 Unterschriften gesammelt.

Ende März wurde B. Bollinger von der Landis & Gyr entlassen. Er war seit den Nationalratswahlen für die "Bresche im Betrieb" Flugblätter verantwortlich. In einem dieser Flugblätter war vorgeschlagen worden: "Dass uns heute der Teuerungsausgleich verweigert wird, dürfen wir nicht akzeptieren. Wir müssen uns für ihn mobilisieren. Es bringt uns sicher nichts, wenn wir der Betriebskommission vorwerfen, sie habe uns verraten. Wir müssen vielmehr nach Mitteln suchen, um ihr den Rücken zu stärken. Zuerst einmal muss von den Gewerkschaften und von der Betriebskommission eine Betriebsversammlung organisiert werden, wo wir diskutieren können, was zu machen ist. Dazu schlagen wir vor: Dass an der

Betriebsversammlung der Betriebskommission der Auftrag erteilt wird; die Verhandlungen wieder aufzunehmen, nachdem wir mit einem einstündigen Warnstreik der Direktion gezeigt haben, dass wir es ernst meinen."

Die L&G-Direktion legte diesen Vorschlag als Streikaufruf aus und begründete die Kündigung damit, dass dies Vertragsbruch sei. Darauf entwickelte die RML und das "Gewerkschafter-Komitee" (bestehend aus kämpferischen Gewerkschaftern, die sich im Hinblick auf den 1. Mai zusammengefunden hatten) eine Solidaritätsarbeit. Es wurde eine Resolution lanciert, die in der ganzen Schweiz von führenden Gewerkschaftern und in Zug von über 800 Leuten unterschrieben wurde. Auch die SP protestierte gegen die Entlassung. Die L&G Direktion blieb jedoch hart und zog die Kündigung nicht zurück.

Bereits anfangs 1976 hatte sich ein Gewerkschafter-Komitee gebildet. Es setzte sich aus Gewerkschaftern zusammen, die gewillt waren, innerhalb der verschiedenen Verbände Vorstösse für einen einheitlichen 1. Mai zu machen. Der GBH war nahe daran, sich dem Komitee anzuschliessen. Wegen dem Druck seitens der Spitze des Gewerkschaftskartells zog er sich jedoch im letzten Moment zurück. So kam es, dass das Gewerkschaftskartell am Morgen - der 1. Mai fiel auf einen Samstag - auf dem Landsgemeindeplatz eine Veranstaltung durchführte. Es erschienen knappe 60 Leute. Das "Gewerkschafter-Komitee für einen kämpferischen 1. Mai" organisierte am Nachmittag den traditionellen Umzug. Vom Zjt über die Poststrasse marschierten etwa 100 Demonstranten zum Landsgemeindeplatz. Dort sprachen vor mehr als 300 Leuten Meinrad Dossenbach und Bruno Bollinger. Eindeutig war zu Tage getreten, dass eine einheitliche 1. Mai - Veranstaltung einen noch grösseren Erfolg gehabt hätte. (Fortsetzung folgt)

Bruno Bollinger

Welche Diskussion?

ZU UNSEREN KRITIKEN AN DER SP

Die alten Griechen hatten die eigenartige Gewohnheit, Boten umzubringen die eine schlechte Nachricht überbrachten, wie wenn sie dafür verantwortlich wären. In der SP Zug scheint diese Sitte - allerdings viel zivilisierter und weniger dramatisch - überlebt zu haben. Als wir im letzten Info-Bulletin den SP-Genossen mitteilten, ihre Fraktion und ihr Nationalrat hätten in Bern dem Kaufkredit des Waffenplatzes Rothenthurm zugestimmt, entfachte das einen Sturm der Entzündung gegen ... die RML-Boten.

Auch linke Genossen der SP werfen uns oft vor, im BIB die SP mehr zu kritisieren als die Bürgerlichen. Dazu ist erstens zu sagen, dass jedem ehrlichen Beobachter unserer Politik klar ist, dass wir eine grundsätzliche Unterscheidung machen zwischen unserem bürgerlichen Klassegegner und unseren Partnern/Konkurrenten innerhalb des linken Lagers. Die Bürgerlichen kritisieren wir nicht, wir greifen sie an.

Zweitens richtet sich das BIB an eine kleine Schicht linker Zuger, die man nicht mehr davon überzeugen muss, wie sozial und undemokratisch die Bürgerlichen sind, die wir aber überzeugen wollen, dass man mit diesen Bürgerlichen nicht zusammenarbeiten soll. Offensichtlich hat es keinen Sinn, den bereits überzeugten und überdurchschnittlich gut informierten BIB-Lesern immer wieder vor Augen zu führen, dass die bürgerlichen Parteien arbeiterfeindlich sind. Das machen wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit, die sich an breite, mehrheitlich noch bürgerlich denkende und wählende Schichten wendet.

Mit den BIB-Abonnenten und SP-Genossen wollen wir diskutieren, wie die Arbeiterschaft wieder aktiviert werden kann.

Josef Lang

* * * * *

Die SP vor den Wahlen:

MIT FRAEFEL WIRKSAM KAEMPFEN ?

Dass keine Arbeiterstimme an FDP oder CVP verlorengehen darf, ist jedem Linken klar. Weniger klar ist eine zweite Frage: Bietet die SP mit ihrer Kandidatur eine echte Alternative? Soll man aus wahltaktischem "Realismus" Fraefel wählen, obwohl man mit der RML einverstanden ist?

Sofern wir uns nicht einfach auf eine etwas sozialere Verwaltung

der bestehenden Verhältnisse beschränken, sondern wenn wir vom Ziel einer sozialistischen Gesellschaft ausgehen, so kann dieses Ziel nur über eine starke und aktive Arbeiterbewegung erreicht werden. Das gleiche gilt für eine wirksame Verteidigung der heutigen Interessen. Die zentrale Frage heisst somit auch diesmal: Welche Wahl trägt mehr zur Stärkung der Arbeiterbewegung und der Linken

bei?

So gefragt fällt einem nicht nur die Antwort leicht, sondern man erkennt gleichzeitig, dass es nicht in erster Linie um eine Wahl zwischen Personen geht, als vielmehr um die Wahl verschiedener politischer Ausrichtungen. SP wählen ist nicht nur deshalb falsch, weil ihr Kandidat kein Sozialist ist, sondern vor allem weil die SP seit Jahrzehnten auf Klassenkollaboration baut und dies auch weiterhin tun wird. Wenn heute zwei Drittel der Schweizer Arbeiter nicht mehr an die Urne gehen, weil sie überzeugt sind, dass "die in Bern sowieso machen was sie wollen", so tragen SP und Gewerkschaftsführungen die Hauptverantwortung für diese Schwäche und Entmutigung der Arbeiterschaft.

Wenn wir von Stärke der Arbeiterbewegung sprechen, verstehen wir darunter nicht einfach die Zahl der erreichten Sitze in Legislative und Exekutive, sondern die Fähigkeit der Lohnabhängigen, entschlossen und einheitlich auf die kapitalistischen Angriffe reagieren zu können.

Dies erfordert aber nicht eine "Stellvertreter"-Politik, wie sie die SP betreibt. In zahlreichen Fällen hat die SP in entscheidenden Momenten Bewegungen gebremst. Erinnerung sei an die Anti-AKW-Bewegung, wo Leute wie Ritschard, Hubacher, Gerwig nichts unversucht liessen, die grösser werdende Bewegung in parlamentarische Kanäle umzuleiten. Diese Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat erlebt dann ihre Höhepunkte, wenn ein SP-Polizeidirektor Snyder in Gösgen seine Polizisten auf Demonstranten loslässt oder sie ein Frauenzentrum in Basel räumen lässt.

Die Päcklipolitik mit dem Bürgertum hat auch auf politischer Ebene direkte Nachteile für die Lohnabhängigen. So hat die SP -die erste Mehrwertsteuervorlage unterstützt und sich auch beim zweiten Mal nicht grundsätzlich gegen diese unsoziale Steuer gewandt.

- alle Jahre wieder den vom Bürgertum diktierten Militärkrediten zugestimmt, die inzwischen über drei Milliarden Franken pro Jahr betragen
- im Nationalrat auch die Kredite für den Waffenplatz Rothenthurm unterstützt
- ein Atomgesetz unterstützt, das die Realisation des AKW-Programms zulässt.

Weil die SP die Einheit mit dem Bürgertum sucht, opfert sie häufig die Einheit der Linken. An der Zusammenarbeit mit der CVP und an ihrem Ansehen bei bürgerlichen Wählern liegt ihr mehr. Daher die Extrazüge etwa bei den Referenden gegen CESIPO und BUSIPO. Daher auch die Ablehnung einer Listenverbindung bei diesen Wahlen, die wir der SP angeboten haben, um alle Linksstimmen zusammenzulegen.

Vor einigen Jahren trat eine kleine Schar aufrechter Kämpfer der SP bei, um sie wieder in eine kämpferische Arbeiterpartei zu verwandeln. Sie haben sich mehrheitlich selbst verlaufen im Irrgarten der reformistischen Logik. Ohne Gegenvorschlag wurde Thomas Fraefel als Kandidat aufgestellt. Mit ihm hofft man bürgerliche Stimmen anzuziehen - da zahlt man gern den Preis der Anpassung an die CVP.

Bereits vor vier Jahren war kurz vor den Wahlen ein "Verein Zuger Bürger für zwei wirkliche Volksvertreter" (hinter dem die SP stand) in Aktion getreten mit der Empfehlung, Fraefel/Hürlimann zu wählen. Auch dieses Jahr suchten einige Leute um Fraefel ohne Wissen der Parteibasis die Annäherung an die CVP: es soll gar von einer gemeinsamen Liste Fraefel/Scherrer die Rede gewesen sein.

Die Kandidatur Fraefel ist die logische Fortsetzung der SP-Politik unter Zuger Bedingungen. Aus diesen Zuger Bedingungen, wo die CVP die wichtigste bürgerliche Kraft ist, stammt die skandalöse Haltung des SP-Kandidaten gegenüber der

Frauenbewegung:

- er unterstützt offensichtlich die Meinung des Zuger Regierungsrates, dass Frauen "von Natur aus" zu einer andern Rolle geboren seien als der Mann und dass man den Frauen darum nicht die gleiche Ausbildung gewährt
- in der Auseinandersetzung um die Abtreibung ist er gegen dieses Frauenrecht und gegen die Fristenlösung aufgetreten
- er gehört zum Patronatskomitee

der von erzreaktionären bürgerlichen Kreisen gestarteten Initiative "Recht auf Leben", welche die heutigen Bedingungen der Abtreibung noch verschlimmern wollen.

Auch das gehört zu den bitteren Früchten Jahrzehntelanger Anpassung ans Bürgertum. Als Sozialisten ist es unsere Pflicht, zusammen mit Lohnabhängigen, Frauen und AKW-Gegnern eine andere, kämpferische Politik aufzubauen.

H.R.

* * * ***** * * *

Die bürgerlichen Parteien:

CVP: FUER MEHR BUERGERLICHE WERTE

"... bei der CVP finde ich für Vorlagen zum Wohle des Volkes Unterstützung"; sagte T. Fraefel am Parteitag der SP, kurz nachdem er den Schlachtruf "Hütet Euch vor dem Freisinn" von sich gegeben hatte. Nun wissen wir es, die CVP ist tatsächlich eine Volkspartei, die sich zum Wohle des Volkes einsetzt und die Freisinnigen sind die ganz Bösen.

Gerade im Kanton Zug sollte es deutlich sein, wie die Anliegen des Volkes bei der CVP aufgehoben sind. Seit Jahrzehnten hat diese Partei die absolute Mehrheit, kann also ihre Politik machen. Die Resultate kennen wir: Briefkastenfirmer, teure Wohnungen, überall Strassen, Lehrerwahlrichtlinien, keine gleiche Ausbildung für Mädchen, ZESIPO, Abhörsgesetz etc. "Für mehr menschliche Werte" ist die Wahlparole der CVP. Es wird wohl nötig sein, diese Werte wieder zu finden, nachdem der abtretende CVP-Nationalrat Hürlimann die ganze Schweiz mit Autobahnen übersäht hat. "Selbst die Archäologen werden an ihnen nicht vorbeikommen", sagte A. Scherer, als er den abtretenden Nationalrat

und Präsidenten der eidgenössischen Gesamtverkehrskommission würdigte. Er hat leider recht, die Natur ist durch Strassen und Ueberbauungen (Hürlimann war Zuger Baudirektor) dermassen verunstaltet worden, dass die Archäologen noch in tausenden von Jahren Spuren davon finden werden.

Wie im Kanton Zug ist die CVP auch auf nationaler Ebene staatstragende Partei. Sie hat alle bürgerlichen Projekte der letzten Jahre unterstüzt oder sogar selber vorgetragen. So die Mehrwertsteuer, die Subventionskürzungen bei der AHV, bei den Krankenkassen und beim Brotpreis, die Erhöhung der Militärausgaben, die BuSiPo (Furgler), die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum, die AKW-Politik. Und vergessen wir nicht die ideologische Kampagne, welche die CVP unter dem Schlagwort "Erhaltung der Familie als Grundzelle der Gesellschaft" vorantreibt. Wir haben konkret sehen können, was sie darunter versteht: Die Lehrerwahlrichtlinien der Stadt Zug (verantwortlich O. Kamer/CVP) sehen unter anderem vor, dass "Doppelverdie-

nerinnen" zuerst entlassen werden sollen. Der Zuger Regierungsrat (Mehrheit CVP) ist gegen die gleiche Ausbildung für Mädchen. Die CVP kämpft gegen das Recht auf Abtreibung und lehnt andererseits auch die Mutterschaftsschutz-Initiative ab. Kurz: Erhaltung der Familie bedeutet für die CVP, die Diskriminierungen der Frau nicht nur zu erhalten, sondern auch noch auszubauen.

Der Spitzenkandidat, Erziehungsdirektor A. Schorer, drückt nur teilweise die wahre CVP-Politik aus. Der Anwalt P. Hess gilt dagegen als Rechtsbürgerlicher und Anwärter auf einen Sonnenplatz bei der Zuger Verwaltungsratslobby. Es ist kein Zweifel möglich: die CVP ist eine durch und durch bürgerliche Partei.

FdP: Mehr Freiheit für das Kapital und weniger Sozialleistungen

Eindeutig zeigen sich die Freisinnigen. Die zwei Kandidaten sind gute Vertreter der Unternehmerinteressen. Regierungsrat G. Stucky als Geschäftsführer der Erdöl-Vereinigung repräsentiert die Interessen der schweizerischen und internationalen Erdöllobby. P. Bossard ist Verwaltungsratspräsident der Firma Bossard AG.

Auch die Wahlkampagne der FdP lässt keine Zweifel aufkommen. "Mehr Freiheit und weniger Staat" ist der Wahlspruch, der nicht nur eine leere Phrase ist, sondern genau das Gegenteil von dem, was die FdP macht. Auch sie war für die Erhöhung der Unterschriftenzahlen, die BuSiPo und die Mehrwertsteuer. Die FdP schlug sich dafür, dass die Militärausgaben auf 3,3 Milliarden erhöht wurden. Und was für einen Staat der Zürcher FdP Kandidat Cincera haben möchte, ist unterdessen allen bekannt.

Auf der anderen Seite waren wichtige Kantonalparteien, darunter auch die Zuger FdP, gegen die 9. AHV-Revision. "Weniger Staat" heisst also für den Freisinn "Kürzung der Sozialausgaben". So hat er kürzlich vorgeschlagen, den Selbstbe-

halt bei den Krankenkassen von 10 auf 20 % zu erhöhen. "Weniger Staat" heisst für die FdP aber auch das Recht der Unternehmer, mit den Werkträgern das machen zu können, was sie wollen. Und das Recht der Atomlobby, dort AKW's aufzustellen, wo sie wollen. Selbstverständlich sind sie für den Arbeitsfrieden. An ihrer Wahlkundgebung in Brunnen wurde ein Transparent mitgeführt, das die Aufschrift trug: "Wohlstand dank Arbeitsfrieden". Kann es eigentlich noch deutlicher gezeigt werden, wem der Arbeitsfrieden nützt?

Im Kanton Zug ziehen die Freisinnigen in den Wahlkampf unter der Parole "Kampf dem Sozialismus". Ständerat Andermatt ging sogar soweit, dass er Fraefel als Sozialisten und als eine Gefahr für den Staat bezeichnete.

Andermatt gab in seinem Referat auch klar zu verstehen, dass die FdP die Interessen der Unternehmer verteidigt. "Wer immer gegen die Wirtschaft und die guten Steuerzahler agiert, der gefährdet auch die sozialen Einrichtungen wie die AHV". Gerade ein Freisinniger muss so etwas behaupten! Weiter sagte er, dass dies keine Konfrontation mit der Arbeiterschaft bedeute, sondern mit den "sozialistischen Parteiideologen" (?). Wir werden sehen.

Bruno Bollinger

* * * * *

* * * * *

BLITZLICHTER

NICARAGUA = SOLIDARITAETS = MEETING. Von der RML aufgerufen kamen am Montag 17. September über fünfzig Personen an die Veranstaltung. In einem Informativen Referat erklärte Josef Lang die Entwicklung und die grossen aktuellen Probleme, vor denen Nicaragua nach dem Sturz der Somoza-Diktatur steht. Ein Kurzfilm dokumentierte die Lage im letzten Herbst. Als Sofortaktion wurde Geld gesammelt und viele der Anwesenden zeigten sich bereit, an einer Hilfs- und Solidaritätsaktion zugunsten Nicaraguas mitzumachen.

FDP-SOLIDARITAET MIT PINOCHET. Zum Jahrestag des blutigen Sturzes von Allende übte das Zuger Tagblatt am 12. September Solidarität mit Pinochet. Unter dem Titel "Der Tagblatt-Kommentar" wurde in direktem Zitat und indirekter Rede die Ausführungen Pinochets wiedergegeben - ohne kritische Bemerkung. Ohne Information über die Verletzung der Menschenrechte, über Mord und Folter.

Das Bürgertum kennt seine Pflicht zur internationalen Solidarität. Ein Teil der Linken ist da weniger weitblickend...

BRESCHKE-KREIS. Am 4. September 1979 fand die erste Sitzung des Breschke-Kreises statt. An dieser Sitzung ist über das Funktionieren des Kreises und über die Nationalratswahlen diskutiert worden. Alle, die Interesse daran haben, mit der RML zu diskutieren, können daran teilnehmen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag 9. Oktober um 20.00 Uhr im RML-Lokal statt. Diskutiert wird über die Berufsbildung und den ersten Teil der Resolution der IV. Internationale "Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats". Weitere Sitzungen: 6. November und 11. Dezember.

ZESIPO-REFERENDUM ZUSTANDEGEKOMMEN. Das vom Zuger Komitee gegen die Zentralschweizerische Sicherheitspolizei (unterstützt von DM, ZAG, FBB und RML) ergriffene Referendum gegen das "Zentralschweizerische Polizeikonkordat" ist mit 551 Unterschriften zustande gekommen. Die SP hat ihrerseits 723 Unterschriften gesammelt. Die Volksabstimmung ist vom Regierungsrat auf den 21. Oktober festgelegt worden. Das gleichzeitig die Nationalratswahlen stattfinden, ist das Datum günstig. Die Diskussionen um die CESIPO werden zwar etwas an den Rand geraten, doch werden viele sehen können, was die Kandidaten konkret vertreten. Die "Christlichen" wie die "Liberalen und Freisinnigen", die für weniger Staat sind, werden für eine Verstärkung der Polizei eintreten. Und Fraefel? Wird er das Referendum unterstützen? "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" ist schon etliche Jahre vor Marx geschrieben worden.